

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	5
		<b>TOP:</b>	2
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	-
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	19.01.2024		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Dr. Görres (AfU), Herr Hummel (SWS)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Sabbagh / th		
<b>Betreff:</b>	<b>„Wärmeplanung braucht Verbindlichkeit und eine starke Bürgerbeteiligung“</b> <b>- Antrag Nr. 299/2023 vom 20.11.2023 (SPD)</b> <b>- mündlicher Bericht der Stadtwerke Stuttgart SWS und der Verwaltung -</b>		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokolle exemplar für die Hauptakte beigelegt.

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 werden gemeinsam aufgerufen. Die Aussprache ist nachfolgend wiedergegeben.

Herr Dr. Görres beantwortet die Anträge 299/2023 (TOP 2) und 157/2023 (TOP 3) mit- hilfe der Präsentation.

Die Vertreter\*innen der Fraktionen danken für den Bericht.

Zunächst begründet StR Dr. Jantzer (SPD) die Anträge seiner Fraktion. Dabei betont er, nun liege zwar ein wegweisender Wärmeplan vor, doch sei völlig unklar, wie das Ziel bis 2035 erreicht werden könne. Positiv bewertet er, dass die Verwaltung nun auch ein Projektmanagement etablieren wolle. Ebenfalls positiv sei die Entwicklung in der Fluss- wärme. Daran zeige nun auch die EnBW Interesse.

Die in Antrag 299/2023 geforderte Verbindlichkeit beziehe sich auf das neue GEG. Die Menschen wollten konkret wissen, ob in ihrem Quartier ein Wärmenetz komme oder nicht. Grundsätzlich sollten alle Menschen in Stuttgart, unabhängig vom Einkommen und dem Wohnort, die Möglichkeit haben, klimaneutral zu leben und teilzuhaben. Im Hinblick auf die sequenzielle Vorgehensweise empfehle er, die Schritte 1 und 2 parallel zu Schritt 3 durchzuführen. Das Potenzial müsse nicht nur identifiziert, sondern auch räumlich abgesichert werden. Weiter benötige man eine hohe Anschlussquote. Hierfür könnte man z. B. einen entsprechenden Letter of Intent mit großen Verbrauchern abschließen. Es gelte drei Gebiete in der Stadt zu unterscheiden. Im ersten werde man kein Netz bauen, zu prüfen sei nach dem GEG, ob das Gebiet mit Wasserstoff versorgt werden könne. Seines Erachtens gebe es große Flächen in der Stadt, die mit Beschluss des Gemeinderats im laufenden Jahr unter die Regelung des GEG fallen könnten. Für Gebiete, in denen ein Netz bestehe oder gebaut werden müsse, könne man die gesetzliche Regelung darlegen. Dann sei Ende des Jahres in einem sauberen Prozess der größte Teil geklärt. Schließlich gebe es noch graue Gebiete, bei denen noch nicht bekannt sei, was möglich sei. Statt dort lediglich zu informieren, sollte eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Ende 2026 müsse der Prozess beendet sein. In Gebieten mit Wärmenetzen sollte die Stadt keine Wärmepumpen mehr fördern.

Wichtig erscheine ihm, dass man zur Sicherung der Flächen eine Task Force brauche. Man müsse den Stadtwerken (SWS) effizient zuarbeiten, da diese mit ihrem überschaubaren Personal dies nicht alleine stemmen könnten.

Ende 2023 hätten die SWS die Preise für den NeckarPark mit 65 % regenerativer Wärme veröffentlicht. Diese lägen unter den aktualisierten Preisen der EnBW, deren Anteil an regenerativer Wärme zudem nur 20 % betrage. Insofern halte er Optimismus durchaus für angebracht.

An der Schwelle von der Strategie- zur Ausführungsplanung sei ihrer Fraktion wichtig, so StRin Münch 90/GRÜNE, dass die Wärmewende nun umgesetzt werden müsse. Dafür müsse man in den Bezirken werben, und man brauche ehrenamtliche Energiegeber. Ihre Fraktion habe in den Haushaltsberatungen knapp 55 Mio. EUR Fördergelder beschlossen. Nun müsse man rasch in die Umsetzung gehen. Das bedeute: möglichst wenige Restriktionen innerhalb der städtischen Leitlinien zur Vergabe und dem Abruf der Mittel. Ihre Fraktion wolle die Leistungs- und Investitionsbereitschaft des Einzelnen nicht abwürgen. Zur Kommunikation mit dem Bürger würden die Solarscouts gefördert, die nicht nur im Bereich Solar tätig seien, sondern auch im Bereich Energiewende niederschwellig berieten. Was die Verbindlichkeit anbelange, so sehe sie diese in den fünf großen Bezirken nicht als Problem, da sich eben aus diesen Bezirken große Player an die Stadt gewandt hätten. Sollte sich im Prozess herausstellen, dass ein höheres Maß an Verbindlichkeit oder eine neue Organisationsform sinnvoll wäre, müsse dies diskutiert werden. Priorität habe für ihre Fraktion zunächst die Umsetzung, Mittel seien vorhanden. Wenn erst einmal die Energiewende mit Akteuren auf größeren Flächen umgesetzt würden und man auf diese verweisen könne, werde das Zutrauen wachsen, dass die Energiewende bewältigt werden könne.

StR Sakkaros (CDU) erkundigt sich im Hinblick auf Folie 3 der Präsentation "bei Nichterfüllung Anspruch gegen Wärmenetzbetreiber", in welcher Höhe die Erstattungen ausfielen und ob sie immer bezahlt würden. Bei Folie 7 wüsste er gerne, bis wann die einzelnen Gebiete realisiert werden könnten. Viel wichtiger seien ihm aber Übergangslö-

sungen, wenn z. B. 2030 die Flusswärme ins Haus kommen solle, die bisherige Heizung aber 2028 kaputtgehe. Grundsätzlich befürworte er die Planungen der Verwaltung. Er zeigt sich überzeugt, dass die Stadt diese Mammutaufgabe meistern werde.

Als Hauptproblem identifiziert StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), dass der Wärmepumpen-Rollout nicht so schnell gelingen werde, wie er sein müsste. Denn nicht die ganze Stadt könne mit Wärmenetzen versorgt werden, sodass bedeutende Teile mit Wärmepumpen versorgt werden müssten. Dies werde aber - auch aufgrund der in den Haushaltsberatungen gesetzten Rahmenbedingungen - in absehbarer Zeit nicht gelingen. Ein weiteres Problem sei auch, wenn das Wärmenetz zu spät errichtet und dies nicht rechtzeitig angekündigt werde, hätten in diesen Gebieten bereits viele Haushalte individuell eine Wärmepumpe installiert. Dies beeinträchtige wiederum die Wirtschaftlichkeit des Wärmenetzes. Aus diesem Grund sei eine sorgfältige Planung erforderlich. Wichtig sei vor allem für diejenigen, die eine Wärmepumpe installieren wollten, eine Energieberatung.

StR Ozasek (PULS) erkennt Einigkeit darin, dass man von einem Fachplan zu einem Fahrplan für die Wärmewende in der Stadt kommen wolle. Er dankt an dieser Stelle der SPD-Fraktion, die immer wieder Anträge zur Verbesserung einbringe. Fortschritte seien durchaus sichtbar. Er begrüßt das referatsübergreifende Arbeiten bis in die Sachgebietsebene der Referate SWU und T. Bebauungspläne dürften die Wärmepumpe nicht verhindern, das Baurechtsamt müsse über Ausnahmeregelungen regenerative Wärmetechnik ermöglichen, die Stadtentwässerung müsse die Kanäle freigeben für Wärmetauscher der SWS etc. Er bittet um regelmäßige Berichterstattung über den Fortschritt der referatsübergreifenden Arbeitsgruppe. Eine sozial gerechte Wärmepreiskulisse stehe und falle mit dem Förderhorizont des Bundes, der die Mittel gekürzt habe. Die Fachverbände veranschlagten 3 Mrd. EUR jährlich, während die bislang bereitgestellten Mittel im Oktober 2023 ausliefen. Eine Anschlussregelung bestehe nicht. Evtl. werde das Land ein eigenes Wärmenetzförderprogramm auflegen. Eine aktuelle Studie von tech-em, Umweltbundesamt und Fraunhofer besage, dass in Altbau-Mehrfamilienhäusern zu 90 % mit der Wärmepumpe eine geeignete Lösung hergestellt werden könne, in 50 % der Fälle sogar ohne weitere energetische Maßnahmen im Gebäude und bei 40 % ohne Austausch der Heizkörper. Einziges Problem seien die im internationalen Vergleich deutlich zu teuren Wärmepumpen in Deutschland. Hier sieht er einen Fall für das Kartellrecht. Perspektivisch brauche man im Hinblick auf die Wärmepumpe bei den SWS strategische Partnerschaften. Zu Schritt 3 auf Folie 3 merkt er an, die Wasserstoffnetzausbaugebiete werde es in Stuttgart nicht geben. Interessant finde er das plötzliche Interesse der EnBW an der Flusswärmenutzung. Der Gemeinderat habe deutlich gemacht, dass die SWS, nicht die EnBW, die Umweltpotenziale heben sollten. Dabei sollten sie unterstützt werden.

StR Zaiß (FW) erklärt, um die Wärmewende voranzubringen, müssten alle mithelfen, sowohl die EnBW als auch die SWS. Ob es sinnvoll sei, dass die EnBW auch Flusswärme entnehme, könne er nicht beurteilen. Wichtig sei, dass man die Wärme nutze, und die SWS könnten dies nicht alleine stemmen. Man sollte nicht vergessen, dass die EnBW ein Teil der Daseinsvorsorge sei. Sie handle nicht privatrechtlich, sondern gehöre teilweise dem Staat, der damit auch über die EnBW wache. Inwieweit man einen Anspruch an die Wärmenetzbetreiber stellen könne, wenn eine Anlage nicht funktioniere, müsse man gut abwägen. Nicht alles könnten der Staat oder die Kommune richten, sondern hier müsse jeder Einzelne sich beteiligen.

BM Pätzold führt aus, die Verwaltung bemühe sich um eine schnelle Umsetzung der Wärmeplanung. Mit den SWS befinde man sich bereits in einer Umsetzungsphase. Bei der Umsetzung der aktuell geplanten Gebiete sei man in der Abstimmung, wie dies auf geltendem Baurecht durchgeführt werden könne. Doch seien auch die Befreiungen geregelt. In der Vergangenheit seien Bebauungspläne aufgestellt worden, bei denen die Dächer begrünt und mit PV-Anlagen ausgestattet werden sollten - ohne technische Aufbauten. Aber um eben solche handle es sich bei Wärmepumpen. Der Gesetzgeber unterscheide nicht zwischen guten und schlechten Aufbauten. Hierfür suche man Lösungen, um rechtssichere Genehmigungen zu erhalten und zugleich die Dächer zu nutzen. Bei neuen Bebauungsplänen plane man die Anforderungen der Wärmepumpe bereits ein. Es sei allerdings schwierig, alle Wünsche an die Nutzung von Dächern miteinander zu vereinbaren: am besten komplette Begrünung, PV-Anlagen, Gärten und Ausgleichsflächen, Freiflächen von Kitas und technische Aufbauten. Die notwendigen Flächen für die Wärmezentralen suche man jeweils im Einzelfall. Wenn die EnBW ihr Kraftwerk Münster durch Flusswärmepumpen ergänzen wolle, sei es im Sinne der Stadt, die Fernwärme umzustellen. Es lasse sich ohnehin nicht verhindern. Ein anderes Thema sei, ob man an anderen Stellen die Flusswärme nutze, um Gebiete zu versorgen. Das werde dazu führen, dass am Neckar entlang Wärmezentralen installiert würden, die als eher technische Bauten nicht dem Gedanken der Stadt am Fluss entsprächen, aber die Wärmewende sichtbar machten.

Die Frage sei, wie die EnBW in Bezug auf Fernwärme und Nachverdichtung der Fernwärme nach dem Gerichtsurteil weiter vorgehe. Die Stadt habe ein großes Interesse daran, dass ihre Potenziale zügig umgesetzt würden, sowohl der Ausbau der Nahwärmenetze als auch Nachverdichtung bei der Fernwärme. Hier müsse die EnBW ein attraktives Angebot machen. Das Nahwärmenetz sei sehr aufwendig in der Umsetzung, weshalb man die Gebiete gründlich daraufhin untersuchen sollte. Sie seien nur dort sinnvoll, wo nachhaltige Wärme genutzt werden könne. Er gehe ebenfalls nicht davon aus, dass es Wasserstoffgebiete in der Stadt geben werde. Wasserstoff werde seines Erachtens eher bei der Fernwärme und Industrie eingesetzt werden, und weniger in der Fläche. Er plädiert dafür, die Maßnahmen zügig zu realisieren, von denen man wisse, dass sie funktionierten, nachhaltig seien und CO<sub>2</sub> einsparten.

Herr Dr. Görres betont, die Aussage in der Anlage, 2035 werde von der Energieabteilung nicht infrage gestellt, habe ihn verärgert. Gleichwohl arbeite man mit Hochdruck daran. Er stellt klar, dass eine parallele Bearbeitung der drei Schritte nicht möglich sei. Man brauche das klare Bekenntnis mit einem Aufsichtsratsbeschluss der SWS, dass das Netz gebaut werde. Erst danach könne man die verpflichtende Aussage treffen. Im Hinblick auf das Wasserstoffnetz müsse man in der Kommunikation nach außen Klarheit erzielen, da viele der Meinung seien, dass hier einfach Gas durch Wasserstoff ersetzt werde. Sein Amt plädiere auch dafür, möglichst rasch die Gebiete verbindlich auszuweisen, die dann von den SWS gebaut würden. An StR Sakkaros wendet er sich mit dem Hinweis, die Fertigstellung der einzelnen Gebiete sei in den Steckbriefen vermerkt und damit auch verbindlich. Die Übergangslösungen seien tatsächlich ein Thema. Hier müssten die SWS ein Angebot machen, z. B. mit portablen Gaskesseln zur Überbrückung.

Die Bürger sollten nicht nur in den roten Gebieten beteiligt werden. Wenn sich in Veranstaltungen Personen meldeten, die einen Anschluss wünschten, könne man einen Eindruck gewinnen, wie stark das Interesse sei. Bei 30 % Interesse oder Abschlüssen kä-

men während der Bauphase leicht nochmals 10 - 15 % hinzu. Grundsätzlich gelte: In Gebieten mit verbindlichem Netz finde keine Wärmepumpenförderung statt.

Gegenüber StR Ozasek stellt er klar, in den Räumen, in denen nachgerüstet werden müsse, müsse evtl. ein einzelner Heizkörper getauscht werden. Die Heizkörperauslegung besitze - gerade in etwas älteren Gebäuden - genügend Reserven. Wenn man jetzt mit der Umrüstung beginne, wendet er sich an StRin Münch, schaffe man das Ziel 2035. In den Bereichen mit Fernwärme wolle man die Erschließung eines kompletten Straßenzugs erreichen. Ebenso bemühe man sich um Schließung bestehender Lücken. Flusskraftwerke seien für die EnBW auch deshalb interessant geworden, weil sie in Mannheim in einem Pilotprojekt ein solches Kraftwerk realisiere.

Im Hinblick auf das Projektmanagement und die Leistungsfähigkeit der SWS führt Herr Hummel aus, 2023 sei es gelungen, acht Projekte zu starten. Für 2024 seien sieben Wärmenetzprojekte in der Planung, hinzu kämen zwei Produktentwicklungsprojekte zum Thema Gasetagenheizung, auch in der Wohnwirtschaft und in WEGs. Ein konkretes Beispiel sei in Stuttgart-Asemwald. Bleibe es bei acht Projekten im Jahr, habe man bis 2026 36 Projekte, und das decke sich ziemlich genau mit den in der kommunalen Wärmeplanung als Nahwärmenetze ausgewiesenen Projekten. Er erläutert das professionelle Projektmanagement, das eine gewisse Zeit in Anspruch nehme. Dazu müsse man ein Stadtgebiet nicht nur von der energetischen Seite betrachten, sondern auch einen Zeitplan und eine Kostenabschätzung erstellen, den Personalbedarf eruieren und einen Projektleiter benennen. Wenn der Aufsichtsrat die hierfür erforderlichen Mittel freigegeben habe, werde projektiert. Aktivitäten müssten synchronisiert werden. In Vaihingen arbeiteten die SWS mit der Stadtentwicklung zusammen. Wenn die Heizzentrale auf der Fläche der SSB errichtet werde und z. B. das Regierungspräsidium angeschlossen werde, könnten die von der Stadt geplanten Arbeiten in der Schockenriedstraße durch den Einbau des Wärmenetzes und auch Stromkabel ergänzt werden.

Die SWS lieferten als Wirtschaftsunternehmen nur an Personen oder Firmen, mit denen ein Wärmeliefervertrag oder ein Letter of Intent bestehe. Klappe es mit der Lieferung nicht, hätten die SWS mit diesen ein direktwirtschaftliches Problem. Für die SWS sei die Verbindlichkeit aktuell eine rein wirtschaftliche. Wenn sie ein politisches Signal bekomme, es anders anzugehen, verweigere sie sich nicht. Sähen die SWS ein Netz, in dem sie wirtschaftlich mit günstigen Preisen Wärmeversorgung realisieren könnten, würden sie tätig. Erfahrungsgemäß schlossen sich Leute, wenn man mit dem Bau begonnen habe, noch zusätzlich an. Dies sei aktuell in Vaihingen zu beobachten. Angesichts anderer Wettbewerber warne er aber davor, mithilfe irgendeiner Art von Subvention ein Wärmenetz zu bauen, denn hier bestehe die Gefahr eines Rechtsstreits.

Mit Blick auf die Übergangslösungen merkt er an, man könne jemandem mit 55 Grad den Anschluss ans Netz nicht verwehren. In Stuttgart-Hausen entwickelten die SWS gemeinsam mit der SWSG ein Geschäftsmodell, wie ein 70-Grad-Gebäude an ein 55-Grad-Netz angeschlossen werden könne. Hier müsse evtl. noch 2 - 3 Jahre ein kleiner Gaskessel betrieben werden, um die letzte Hebung durchzuführen und dem Gebäudebetreiber die Möglichkeit zu geben, bis 2035 zu sanieren. Split-Klimageräte als Übergang halte er für problematisch, insbesondere aus Sicht der Stadtplanung.

Gegenüber StR Ozasek räumt er ein, offensichtlich sei eine häufigere Berichterstattung über die Tätigkeit der SWS sinnvoll. 2024 seien Projekte in Plieningen, Mühlhausen im Klärwerk, Untertürkheim mit Flusswärme, Sportflächen beispielsweise auf der Waldau,

aber auch anderswo, Steinhaldenfeld und Fasanenhof. In der alten Bahndirektion gebe es ein Neubauprojekt. Mit der Projektgesellschaft hätten die SWS bewiesen, dass sie in der Lage seien, über Kooperationen das Wachstum zu realisieren.

Zur Kommunikationsstrategie merkt er an, auch die SWS beschäftigten sich als Unternehmen, auch wenn sie komplett losgelöst von der Stadt wären, mit der Kommunikation. Hier lasse man sich beraten und wolle auf jeden Fall eine Scheinbeteiligung der Bürger vermeiden.

BM Pätzold bestätigt, die Stadt sei bezüglich der Kommunikationsstrategie sehr breit aufgestellt und in vielen Themen unterwegs. Er weist auf schriftliche Einladungen zu den Bürgercafés zum Bürgerrat Klima hin, die an die Mitglieder des Ausschusses ausgeteilt worden seien. Dort werde es um die in der aktuellen Sitzung diskutierten Themen gehen.

Er stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat von dem Bericht Kenntnis genommen. Damit ist der Antrag erledigt.

Zur Beurkundung

Sabbagh / th

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB  
S/OB-Wohnen  
Stabsstelle Klimaschutz
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
SWS
  4. Amt für Revision
  5. L/OB-K
  6. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  6. *FDP-Fraktion*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*
  9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

*kursiv = kein Papierversand*